

Protestpotenzial ist vorhanden

Wie sich die DGB-Jugend nach der Bundestagswahl positioniert.

Wir sind sozial unruhig«, Susanne Wingerszahn, Vorsitzende der DGB-Jugend West, antwortet mit leichtem Zynismus, wenn man sie nach ihrer Einschätzung der Bundestagswahl fragt. Denn Schwarz-Gelb, die Koalition aus CDU/CSU und FDP, ist nicht gerade das, wovon Gewerkschafter/-innen träumen.

Ihre Kollegin aus Nordrhein-Westfalen, DGB-Bezirksjugendsekretärin Antonia Kühn, glaubt, dass der damit verbundene »tiefe Sturz« der SPD schwerwiegende Folgen haben dürfte: »Nicht nur, dass wir nun mit harten Angriffen auf Arbeitnehmerrechte zu rechnen haben, wir brauchen auch eine Erneuerung innerhalb der Sozialdemokratie.«

Die politischen Interessen in Deutschland hätten sich mit der Herausbildung der Grünen und der Linken stärker diversifiziert und bildeten nun genauer die verschiedenen gesellschaftlichen Positionen ab, analysiert die DGB-Bezirksjugendsekretärin.

Vor allem bei den Jungwähler/-innen ist dies gut zu sehen: Keine Partei konnte bei ih-



nen überragend punkten. Die Unter-30-Jährigen wählten zu 27 Prozent CDU, 16 Prozent gaben der SPD ihre Stimme, der FDP 17, den Grünen 15 und der Linken zwölf Prozent.

Kein Grund, sich zu verbiegen, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Für uns bedeutet das inhaltlich erstmal überhaupt keine Veränderung: Wir haben im Wahlkampf deutlich gemacht, was unsere Schwerpunktthemen sind: Ausbildung, der prekäre Berufseinstieg, gesetzliche Regelungen für Praktika.«

Doch befürchtet man bei der DGB-Jugend, dass es die Jugend in den nächsten Jahren durchaus schwer haben wird. »Ich sehe schon die Konzepte der neunziger Jahre vor mir auferstehen«, sagt der Bezirksjugendsekretär der DGB-Jugend-Bayern, Mario Patuzzi.

Gemeint: Kürzungen im Sozialen, bis es quietscht. »Unsere Forderungen werden wir mit Druck auf die Straße tragen müssen.«

Von der ver.di Jugend gab es gleich mal elektronische Post an den Bundestag: damit das neue und alte politische Personal per E-Card erinnert wird, wie es mit den Forderungen nach mehr und besserer Ausbildung steht.

Da trifft es sich beinahe gut, dass laut einer aktuellen DGB-Jugend-Umfrage immer-

hin 60 Prozent der jungen Leute in Deutschland bereit sind, für ihre Interessen zu demonstrieren. Unzufriedenheit – 74 Prozent – ist jedenfalls vorhanden. Und damit Protestpotenzial. DGB-Bezirksjugendsekretärin Annika Wörsdörfer aus Baden-Württemberg ist der Meinung, dass dies nötig sein wird. Weil sie glaubt, sagen zu können, was nun kommt: »Die Diskussion, dass das Jugendarbeitschutzgesetz die Ausbildung blockiert. Dass man die Ausbildung flexibilisieren muss.«

Woher sie das so genau weiß? In ihrem Bundesland gibt es schon eine schwarz-gelbe Regierung. Die FDP hat hier 18,8 Prozent der Stimmen bekommen. Für Jugendverbände interessant: In der Vergangenheit wurde dort die Jugendarbeit durch eine starr konzeptgebundene Mittelvergabe gesteuert. Politische Willensbildung in Projekten kann sich da schlecht entwickeln.

Es ist zu vermuten, dass Baden-Württemberg auch im Bund den Ton angeben wird. »Eine Vollprivatisierung des Lebens« sieht Wörsdörfer kommen: »Bewegungen wie der Bildungstreik müssen daher unbedingt erhalten bleiben.«

INHALT

3 thema

Weitsicht gefordert: Die 18. DGB-Bundesjugendkonferenz
Signale senden: Das erhoffen sich Delegierte

4 projekte

Positionen abgestimmt: Runder Tisch der Gewerkschaftsjugend
DGB-BJA: Grußadresse an die Gebäudereiniger/-innen
Angezählt: Die Datenlage
Glückwunsch, DGB-Jugend: Zum 60. Geburtstag
Nicht wertlos: Der Prakti-Streik 09
Aktion: Tag der menschenwürdigen Arbeit

6 azubi-ratgeberin


Abgemahnt? Was jetzt zu beachten ist

7 bezirke + gewerkschaften

Harmonie im Anmarsch: Ergebnisse der DGB-Bezirks- und Landesjugendkonferenzen

IN EIGENER SACHE

Nächste Soli später

Die nächste Ausgabe der Soli aktuell wird wegen der Berichterstattung über die DGB-Bundesjugendkonferenz Anfang Dezember 2009 erscheinen. 

Blitz genehmigt

Flashmob-Urteil ■ Gewerkschaften dürfen im Arbeitskampf auch zu unangemeldeten Blitzaktionen aufrufen. So genannte Flashmobs (flash = Blitz; mob = Pöbel) seien nicht generell unzulässig, hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt entschieden. Allerdings müsse sich der Arbeitgeber gegen derartige streikbegleitende Spontanaktionen auch wehren können – etwa durch die Ausübung seines Hausrechts oder eine kurzfristige Betriebschließung.

BAG, Az.: 1 AZR 972/08

Hilfsmaßnahmen

DGB: Schirm aufspannen ■

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock** hat im September 2009 erneut Hilfen für junge Leute angemahnt: Zur kurzfristigen Unterstützung von Unternehmen in Kurzarbeit



I. Sehrbrock

müsse die Bundesregierung bisher nicht in Anspruch genommene Mittel des Ausbildungsbonus nutzen. Für jeden übernommenen Auszubildenden solle ein Betrag von mindestens 3.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

www.dgb.de

Atypisch beschäftigt

Jung = schlechte Arbeit ■ 1,2 Mio. Menschen unter 25 Jahren in Deutschland arbeiteten im Jahr 2008 in so genannten atypischen Beschäftigungsformen. Das entspricht einer Quote von 32,4% der Erwerbstätigen. Die Erwerbsquote junger Menschen bis 25 Jahre lag im Jahr 2008 bei 52,6% und hat sich damit kaum gegenüber dem Jahr 2000 (52,4%) verändert. Jedoch ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen infolge der Weltwirtschaftskrise deutlich gestiegen: Im Juli 2009 betrug die Arbeitslosenquote für die 15- bis unter 24-Jährigen laut Bundesregierung 8,9%.

Bundestagsdrucksache 16/13991 und 16/13907

Weniger Stellen

Ausbildungsstatistik ■ 125.000 junge Menschen haben im Jahr 2009 keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden. Bundesweit haben sich 533.716 Bewerber/-innen für einen Ausbildungsplatz gemeldet. Das sind 86.676 oder 14% weniger als im Vorjahresmonat, was sich durch ein Absinken in den westlichen (-10,7%), vor allem aber in den östlichen Bundesländern (-25,6%) ergibt. Den Bewerber/-innen stand ein Angebot von 408.439 gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen gegenüber. Das sind 24.249 (5,6%) weniger Stellen als im August des Vorjahres.

www.dgb-jugend.de

Vermittlungskrise

BIBB-Analyse ■ Normalerweise werden als Hauptursachen für unbesetzte Ausbildungsstellen meist ein mangelndes Leistungsvermögen und unzureichende schulische Qualifikationen der Bewerber/-innen genannt.

Daran liegt es aber selten, dass Stellen frei bleiben: Eine neue Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt, dass es viele Gründe gibt, die bei den Betrieben liegen – z.B. falsche Ansprüche, regionale Besonderheiten, mangelnde Informationsarbeit. Außerdem lasse die Vermittlung der Arbeitsagenturen zu wünschen übrig.

Soli aktuell meint: Zu Problemen in der Partnerschaft gehören immer mehrere.

www.bibb.de/de/52233.htm



HBS super

Stipendien ■ Eine aktuelle Untersuchung des Hochschul-Information-Systems (HIS) macht deutlich, dass die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ihr traditionelles Profil als Begabtenförderungswerk mit sozialem Anspruch geschärft hat: Insgesamt stammen 28% ihrer 1.900 Stipendiat/-innen aus Herkunftsfamilien, die nach der statistischen Abgrenzung des HIS einen »niedrigen« Sozialstatus haben, weitere 51% kommen aus Elternhäusern mit »mittlerem« Status.

www.boeckler.de, www.his.de

Eingeschrieben

Mehr Studis ■ An deutschen Hochschulen haben im Wintersemester 2008/2009 insgesamt 455.300 Frauen und Männer ein Studium begonnen. Das waren 12% mehr als im Vorjahr. 66% aller Studienanfänger/-innen (301.800) schrieben sich in einen Bachelorstudiengang ein. Das bedeutet aber keine Verbesserung. Die Gründe sind vielmehr die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre und geburtenstarke Jahrgänge.

www.destatis.de

Mehr Geld

BAföG-Zahlen ■ Im Jahr 2008 bekamen 510.000 der rund 2 Mio. Studierenden eine BAföG-Förderung, 16.000 mehr als im Jahr 2007. Im Durchschnitt erhielten sie monatlich 398 Euro, 23 Euro mehr als 2007. Nicht alle Geförderten erhielten BAföG für ein volles Jahr. Im Jahresdurchschnitt waren es 333.000, nur 2.000 mehr als im Jahr 2007. Insgesamt haben Bund und Länder für das Studierenden-BAföG 2008 1,59 Mrd. Euro ausgegeben, das sind im Vergleich zum Jahr 2007 100 Mio. Euro mehr.

www.bafoeg-rechner.de

Gute Arbeit

Hilft auch gegen Rechts ■ Im Kampf gegen den Rechtsextremismus ist gute Jugendarbeit die beste Vorbeugung. Das haben im September 2009 zahlreiche Expert/-innen bei einer Tagung des niedersächsischen Verfassungsschutzes zu neuen Entwicklungen im Rechtsextremismus betont. Rechte Kameradschaften wirkten auf junge Menschen faszinierend, weil sie auch Verlierer/-innen vermeintlich »Nestwärme, Solidarität und Geborgenheit« böten, so die Sprecherin des Verfassungsschutzes, **Maren Brandenburger**. Bürgermeister **Hans-Werner Schlitte** aus Fassberg, wo die NPD ein rechtes Schulungszentrum bauen will, sagte, was sich jeder hinter die Ohren schreiben kann: »Das Wichtigste ist, dass wir eine gute Jugendarbeit machen.«

Mehr Gebühren

abs böse ■ Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (abs) ist sauer: »Während Hessen allgemeine Studiengebühren abgeschafft hat, die neuen Fraktionen im Saarländischen Landtag darüber nachdenken, lenkt die neue Regierungskoalition in Sachsen ein und spricht sich für Langzeitstudiengebühren aus«, schreiben die Aktivist/-innen dieser Tage.

www.abs-studis.de

Meiste Sorgen

Angst und Jugend ■ Mit Blick auf die Zukunft machen sich deutsche Jugendliche die meisten Sorgen über die Umweltzerstörung und die Armut in der Welt. Nach einer Umfrage der leicht neoliberalen Bertelsmann-Stiftung halten drei Viertel der 14- bis 18-jährigen Deutschen diese Probleme für die größten Herausforderungen der nächsten 20 Jahre. Auf dem zweiten Platz: Nahrungs- und Trinkwasserknappheit.

www.bertelsmann-stiftung.de

Personalabteilung

Der 29-jährige **Thorsten Schmidt** ist der neue Vorsitzende der DGB-Jugend Saar. Thorsten kommt aus der IG Metall und hat bereits Erfahrung als Jugendvertreter und Betriebsrat bei den Industrierwerken Saar gesammelt.



T. Schmidt



S. Wingertzahn

Er folgt dem legendären **Holger Meuler**, 37, der acht Jahre Vorsitzender der DGB-Jugend Saar war.

Susi Wingertzahn, 34, ist die neue Vorsitzende der DGB-Jugend West.

Weitsicht gefordert

Große Diskussion: Vom 19. bis 21. November 2009 findet die 18. DGB-Bundesjugendkonferenz in Göttingen statt.

Alle vier Jahre findet die Bundesjugendkonferenz (BJK) des DGB statt. Nun ist es wieder soweit: Vom 19. bis 21. November 2009 steht die Stadthalle Göttingen unter dem Motto »Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben«. Die BJK ist das höchste beschlussfassende Gremium der Gewerkschaftsjugend.

Das Treffen dürfte noch unter dem Eindruck der Bundestagswahl und der damit verbundenen politischen Kräfteverhältnisse stehen. Und viele Gewerkschafter/-innen gehen davon aus, dass sie sich auf große Kämpfe einstellen müssen: für den Kündigungsschutz, gegen die fortschreitende Prekarisierung der Arbeit – kurz: gegen eine arbeitnehmerfeindliche Politik insgesamt.

Die Konferenz wird also weitreichende Beschlüsse fassen müssen. Über 100 Dele-


gierte werden erwartet. Die Jugendverbände der acht Einzelgewerkschaften – GdP, GEW, IG BAU, IG BCE, IG Metall, NGG, Transnet und ver.di – entsenden sie mit jeder Menge Anträgen im Gepäck. Insgesamt vertreten sie rund 460.000 junge Gewerkschaftsmitglieder.

Zahlreiche Gäste bereichern die Konferenz: Dabei werden der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und seine Stellvertreterin Ingrid Sehbrock sein, Vertreter/-innen der Gewerkschaften und gewerkschaftsnaher wie -freundlicher Stiftungen. Auch internationale Gäste wie Ori Strassberg vom israelischen Gewerkschaftsverband Histadrut werden erwartet. Angehörige der Bündnispartner der DGB-Jugend wie dem Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften schauen eben-

so vorbei wie Mitglieder von Jugendverbänden, Parteijugenden und ehemalige Mitarbeiter/-innen der DGB-Jugend.

Sie alle erwartet ein spannendes Programm. Impulsreferate werden den Antragsmarathon bereichern, und zur Party spielt die Rockband Sugarland Express, die auf akustische Gitarren und fünfstimmigen Gesang abfährt.

Höchstleistungen sind gefragt – bei der letzten BJK ging es rund: Hitzige Diskussionen tobten, und der ver.di-Delegierte Kai Lamparter erfand die neue Disziplin des Mikrofonweitwurfs. Klar, dass bei diesem Treffen ein schlagkräftiges Programm geformt werden konnte.

Es wird von den Teilnehmer/-innen der diesjährigen BJK abhängen, wie »weit«reichend ihre Politik sein wird. 

Infos: www.dgb-jugend.de



BJK: DAS ERHOFFEN SICH DELEGIERTE

Signale senden

Ich erhoffe mir deutliche Signale: in Richtung Bundesregierung, dass wir gegen soziale Verbrechen Widerstand leisten werden. Signale in Richtung der Beschäftigten, dass die Gewerkschaften die zuverlässigsten und stärksten Partner im (Berufs-) Leben sind. Und Signale in Richtung der »alten« Gewerkschaftsmitglieder: Wir, die Gewerkschaftsjugend, sind die treibende Kraft für Veränderungen. In unseren Organisationen, in unserem Land und in Europa.

Saskia Beck, IG BAU



Ich erhoffe mir eine spannende Antragsberatung, mit der die politischen Positionen der DGB-Jugend für die nächsten vier Jahre beschlossen werden. Ich wünsche mir viele Diskussionen über die verschiedenen Positionen der Einzelgewerkschaften. Wichtig ist mir, dass über die Sache diskutiert wird und nicht einzelgewerkschaftliche Egoismen die Debatte bestimmen.

Oliver Oster, IG BCE



Diskussionsbedarf gibt es bei der DGB-Reform: Danach sollen Senioren, Frauen und Jugend alle nur noch ein Anwesenheitsrecht, aber kein Stimmrecht haben. D.h. eine Personengruppe mehr – also mehr Kosten –, aber zwei demokratische Stimmen bei Entscheidungen weniger – also weniger Beteiligung.

Eine grundsätzliche Frage ist auch, wie die DGB-Jugend das Verhältnis zur GdP definiert: Denn unter dem Deckmantel des DGB werden wir Polizistinnen und Polizisten bei Demonstrationen im öfter beleidigt, wenn nicht angegriffen. Wir sind aber alle Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe hier auf eine weitergehende Sensibilisierung.

Sascha Görz, Junge Gruppe in der GdP



Wir werden uns für mehr Chancengleichheit in der Bildung, gegen Public Private Partnership im öffentlichen Sektor, für die Tarifierung und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Beschäftigten einsetzen, die bisher davon ausgeschlossen sind.

Diana Gleim, junge GEW



Uns liegt insbesondere die Übernahme nach der Ausbildung am Herzen. Ich finde, dass die junge Generation am wenigsten für diese Krise kann – aber deren Auswirkungen am stärksten zu spüren bekommt. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Ich wünsche mir, dass sich die DGB-Jugend in der Konferenz laut und deutlich dazu positioniert.

Leonie Hein, IG Metall

Wir müssen unsere Kompetenz noch mehr in die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im marktwirtschaftlichen System ein-

bringen. Lasst uns ungemütlich und gefährlich sein, wie man das von der Jugend erwartet. Ich denke, wenn es gerade uns als Jugend und nachfolgender Generation gelingt, diese Zeichen an unsere Mitglieder, in die (mediale) Öffentlichkeit und vor allem an die »Großen« zu senden, könnte das der Startschuss für eine Renaissance der Gewerkschaften und ihrer Bedeutung sein!

Eberhard Podzuweit, Transnet



Ich hoffe, dass der Zusammenhalt zwischen den Schwestergewerkschaften gestärkt wird und wir mit der DGB-Jugend gemeinsam eine vernünftige, sachliche Jugendpolitik machen – erst recht jetzt unter der schwarz-gelben Regierung.

Julia Greuter, junge NGG



Die Folgen der Krise treffen vor allem die junge Generation. Leiharbeit, fehlende Übernahme und mangelnde Ausbildungsplätze sind nur drei Probleme von vielen. Wir müssen als Gewerkschaftsjugend gemeinsam für ein besseres Leben eintreten. Dazu gehört ein Grundrecht auf Ausbildung, ein gesetzlicher Mindestlohn und eine ehrliche Debatte um ein zukunftsfähiges Gesellschaftssystem. Dazu ist die DGB-Bundesjugendkonferenz ein wichtiger Schritt – es geht um die Zukunft einer ganzen Generation.

Jörg Grünefeld, ver.di



Positionen abgestimmt

»Die Zukunftschancen der jungen Generation«: Die Gewerkschaftsjugend lud Vertreter/-innen von Verbänden und Initiativen zum Runden Tisch nach Frankfurt/M.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise betreffen die junge Generation in besonderem Ausmaß. Übernahme Fehlanzeige, Junge werden zuerst gefeuert: So lässt sich der Erfahrungsstand beschreiben.

Auf dieser Basis lud die Gewerkschaftsjugend am 2. und 3. Oktober 2009 Jugendverbände und Initiativen zum Runden Tisch ins Gewerkschaftshaus der IG Metall in Frankfurt/M.

Neben den Jugendvertreter/-innen der Einzelgewerkschaften und des DGB nahmen Vertreter/-innen des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt, des Bundes Junger Katholiken, des bundesweiten Bildungstreiks, der Falken, der Schülervertretungen und -streikkomitees, der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, des Deutschen Bundesjugendrings und des Freien Zusammenschlusses der StudentInnenschaften teil. Gemeinsam sollten Problemsichten und Aktivitäten diskutiert werden.

Es ging aber nicht nur um Jobs und Arbeitslosigkeit: Das deutsche Bildungssystem steht massiv in der Diskussion. Deutschland investiert nicht nur unter-

durchschnittlich in die Bildung, das Bildungssystem zählt auch zu den sozial ungerechtesten der OECD-Länder.

Was können Jugendverbände angesichts solcher Strukturängel tun? DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Für uns ist klar: Die schwierigen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Generation sind kein temporäres Problem der aktuellen Krise. Wir teilen auch nicht die Einschätzung, dass die junge Generation ihre Bildungs- und Arbeitsbedingungen passiv hin nimmt.«

Der Bildungstreik und Aktionen der Gewerkschaftsjugend für die Übernahme von Azubis seien nur zwei Gegenbeispiele. Ansätze wie diese gehörten gefördert.

Diese Positionen teilen auch die Jugendverbände und Initiativen. Das Frankfurter Treffen hat gezeigt, dass sich deren inhaltliche Positionen mit denen der Gewerkschaftsjugend überschneiden. Verabredet wurde daher ein neues Treffen im

Frühjahr 2010, bei dem der Koalitionsvertrag analysiert werden soll und mögliche gemeinsame Aktionen und Strategien abgestimmt werden. [S](#)

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

42 Prozent der Azubis in Deutschland geben laut Ausbildungsreport 2009 der DGB-Jugend an, regelmäßig Mehrarbeit leisten zu müssen.

22 Prozent verdienen Azubis in weiblich dominierten Ausbildungsberufen weniger als in männlich dominierten.

74 Prozent der jungen Deutschen zwischen 16 und 32 fühlen sich laut einer aktuellen Forsa-Umfrage der DGB-Jugend von Politik und Parteien nicht ausreichend vertreten.

60 Prozent sind bereit, »für ihre Interessen auf die Straße zu gehen«. [S](#)

Glückwunsch, DGB-Jugend!

Nicht nur der DGB, auch die Gewerkschaftsjugend feiert 60. Geburtstag. Alt aussehen tut sie deshalb noch lange nicht.

BUNDESJUGENDAUSSCHUSS

Solidarität bekundet

Der DGB-Bundesjugendausschuss tagte am 6. Oktober 2009. In Vorbereitung auf die Bundesjugendkonferenz fanden letzte Abstimmungen der Leitenträge statt.

Dass das Gremium brandaktuell sein kann, bewies es damit, dass es während der Sitzung auch eine Solidaritätsadresse an die Kolleg/-innen des Gebäudereinigerhandwerks verabschiedete, die sich zu dem Zeitpunkt im Arbeitskampf befanden. Motto: »Sauberkeit hat ihren Preis!«

Hintergrund: Ende September 2009 liefen in dieser Sparte die Tarifverträge – auch für den gesetzlichen Mindestlohn (8,15 Euro West/6,58 Euro Ost) – aus. Seitdem organisierten die Beschäftigten mithilfe der IG BAU Warnstreiks. An vielen Orten in Deutschland legten sie zeitweise die Arbeit nieder.

860.000 Menschen arbeiten in der Branche. Bisher fordert die IG BAU 8,7% mehr Geld, die Arbeitgeber/-innen bieten 3%. [S](#)

Mit einer Feierstunde beging der DGB am 5. Oktober 2009 seinen 60. Geburtstag im Berliner Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Und damit konnte auch die DGB-Jugend ihren 60. feiern. Denn der spätere DGB-Vorsitzende Hans Böckler erklärte die Jugendarbeit bereits 1949 zur entscheidenden Frage im Neuaufbau der Gewerkschaften.

In der Vergangenheit war der DGB in der wechselvollen Geschichte seiner Jugendpolitik durchaus erfolgreich – Gewerkschaften und Dachverband sind wichtige Akteure der dualen Ausbildung, einem System, das weltweit Nachahmer findet. Ein Meilenstein war die Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes 1969 – nach harten Auseinandersetzungen. Es gestaltete das duale System neu. 2005 wurde es novelliert.

Der Alltag in der Geschichte der Gewerkschaftsjugend sah allerdings so aus: Junge Leute hatten es am Arbeitsmarkt immer schwer.

Der Widerstand gegen die Prekarität beim Berufseinstieg und gegen schlechte Ausbildungsbedingungen gehören unglücklicherweise auch heute nach wie vor zum Kerngeschäft: Nach den Erfahrungen vergangener Jahrzehnte muss man daher kämpferisch auf die Gegenwart blicken. Deshalb fordert die DGB-Jugend »Ausbildung für alle«. »Denn noch nie war der Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Menschen so steinig«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. [S](#)



Gegen die Ausbeutung

Betriebe setzen auf Umsonst-arbeitskräfte – dagegen richtete sich der »Praktikantenstreik 09«.

Uns gibt es nicht umsonst – deshalb werden wir aktiv!« Mit diesem Schlachtruf gingen rund 200 Aktivist/-innen zum »Praktikantenstreik 09«, der am 9. Oktober 2009 stattfand und von der DGB-Jugend und anderen Organisationen unterstützt wurde.

Mit einer Reihe von Aktionen setzten sich Hochschulabsolvent/-innen und Studierende für faire Praktikumsbedingungen ein. Hauptkundgebungsort war der Potsdamer Platz in Berlin.

Dort verlieh die DGB-Jugend gemeinsam mit Fairwork e.V. bereits zum dritten



Berliner Prakti-Streik: Besser dauernd im Streik als dauernd prekär

Mal den Preis für das »Abzocker-Praktikum« des Jahres, der an den Bauer-Verlag ging. Dieser sucht auf seiner Website 22 Praktikant/-innen, die bereits ihr Studium abgeschlossen haben sollen, z.B. fürs Layout. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Praktika sind aber in erster Linie zum Lernen da und gehören in die Ausbildung. Nach dem Abschluss der Ausbildung oder des Studiums muss es reguläre Arbeitsplätze geben.«

Als Organisator/-innen des Streiks waren acht junge Leute aktiv geworden, alle »mit umfangreichen Praktikums Erfahrungen in verschiedenen Berufsfeldern und Unternehmen«. Als Praktikant/-innen der »taz« hatten sie am 25. September 2009 eine Beilage in Eigenregie herausgebracht. Quasi als Startschuss zu der Offensive war

dort der Produktionsschluss des Spielfilms »Résiste – Aufstand der Praktikanten« genutzt worden: In dieser Komödie nehmen die Hauptfiguren ihre miserablen Arbeitsbedingungen zum Anlass, landesweit Aktionen gegen ihre Ausbeutung zu initiieren (siehe Kasten).

Der Streik richtete sich jedoch ausdrücklich nicht gegen die Alternativtageszeitung, sondern allgemein ge-

PRAKTIKUM – DER FILM

Umsatz statt Umsturz

»Résiste!« – so heißt der erste Spielfilm zum Thema Praktikum: Während der marktradikale Till (Hannes Wegener) gerade die Idee zu einer eigenen Praktikantenberaterfirma hat und damit eine äußerst lukrative Marktlücke entdeckt, will Sydelia (Katharina Wackernagel) das Übel an der Wurzel packen – mindestens der Aufstand muss her.

Für den Jungunternehmer ist aber klar: Umsturz schön und gut. Hier geht's um Umsatz. Doch da haben sich bereits viele Gleichgesinnte eingefunden – der Praktikanten-Generalstreik dräut!

Regisseur Jonas Grosch hat sich – Prekarität des Berufseinstiegs – absolut des richtigen Themas angenommen, Glückwunsch. Leider taucht der graue Alltag hier als rein humoriger Komödienstadel auf – jegliche intensivere Auseinandersetzung mit dem Stoff wird so verhindert. Und das gewerkschaftliche Engagement in Sachen Praktikum ist hier leider auch kein Thema. [5]

»Résiste! – Aufstand der Praktikanten«. D 2009. Start: 12. November 2009

gen den Einsatz von Praktikant/-innen in Unternehmen. [5]

Weitere Infos: <http://praktiktreik09.blogspot.de/>

Das fiese Praktikum: www.bauer-verlag.de/de/talente/praktika/praktikantenstellen.htm

DECENT WORK DAY

Gute Jugend weltweit

Alle Menschen sollten imstande sein, ein gutes Leben zu führen und ihre Grundbedürfnisse zu decken – dieses Anliegen stand beim diesjährigen Tag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2009 im Fokus der Gewerkschaften. Die Arbeitnehmerorganisationen hatten eine große Mobilisierungskampagne angeschoben.

Selbstverständlichkeiten wie die eingangszitierte stellt die Wirtschaftskrise in Frage – sie gefährdet Arbeitsplätze, Obdach und Zukunft. Die PERC-Jugend (PERC: Pan-European Regional Council), die europäische Jugendorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB, hatte darauf hingewiesen, dass junge Leute besondere Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt hätten und die Bedingungen ihrer Arbeit meist schlecht seien.

Der Jugendverband hatte daher seine Mitglieder aufgerufen, überall aktiv zu werden. In Berlin nutzte die DGB-Jugend diese Möglichkeit und unterstützte die Anliegen der Gewerk-

schaften, die mit einer spektakulären Darbietung – Gewerkschafter/-innen spielten im Anzug Poker vor dem Bundesministerium für Arbeit – unter der Flagge der Mindestlohnkampagne gegen die Zockerei an den Börsen zu Felde zogen.

DGB-Jugend-Referentin Jessica Heyser sagte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssten einklagbar werden: »Es muss Sanktionsmöglichkeiten geben«, sollten sie nicht eingehalten werden.

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki betonte in seiner Rede die Notwendigkeit von Mindestlöhnen. 2011 werde der Arbeitsmarkt in Europa liberalisiert, dann würden die Löhne der Herkunftsländer auch im Ausland anerkannt. Hier müsse schleunigst gegengesteuert werden. [5]



DGB-Jugend für menschenwürdige Arbeit: Julia Böhnke, Jessica Heyser und Florian Haggemiller am 7. Oktober 2009 vor dem Bundesministerium.

Abgemahnt!

In wirtschaftlich schweren Zeiten versuchen manche Arbeitgeber/-innen, ihre Azubis loszuwerden. Schon eine Abmahnung bekommen? Was jetzt zu beachten ist.

Grundsätzlich stellt die Abmahnung ein rechtliches Mittel für den Ausbilder dar, um den Auszubildenden auf ein gravierendes Fehlverhalten hinzuweisen. Denn der hat mit seinem Verhalten gegen seine vertraglichen Pflichten verstoßen. Die Abmahnung sagt dem Azubi klipp und klar: Sollte er sein Verhalten im angesprochenen Bereich nicht ändern, droht ihm die fristlose Kündigung. Die Abmahnung kann grundsätzlich schriftlich oder mündlich erfolgen, wobei bei einer mündlichen Abmahnung in der Regel der Nachweis fehlt.

In der Abmahnung muss das Fehlverhalten ganz genau benannt werden. Der Auszubildende muss also nach Lektüre der Abmahnung ganz genau wissen, was er falsch gemacht hat. Formulierungen wie »Ihre Einstellung lässt zu wünschen übrig. Wenn Sie nicht mehr Motivation zeigen, müssen wir Sie kündigen« sind viel zu ungenau – es ist nicht ersichtlich, was genau schief gelaufen ist.

Eine Abmahnung ist nur dann wirksam, wenn sie sich auf steuerbares Verhalten bezieht: Wenn der Auszubildende wegen Unpünktlichkeit abgemahnt wird, ist dies unwirksam, wenn der Azubi nicht pünktlich sein konnte, weil der Kollege mit dem Firmenschlüssel zu spät kann.

Da die fristlose Kündigung das letzte Mittel darstellt, muss dem Azubi vorher durch Abmahnungen Gelegenheit gegeben wer-

den, sein Verhalten zu ändern. In der Rechtsprechung anerkannt ist dabei, dass eine fristlose Kündigung erfolgen kann, wenn ihr zwei wirksame Abmahnungen wegen gleichartigem Verhalten vorausgegangen sind.

Ein Beispiel: Der Auszubildende fehlt unentschuldigt in der Berufsschule und erhält Abmahnung I. Wenig später fehlt er unentschuldigt im Betrieb und erhält Abmahnung II. Die Kündigung erfolgt einen Monat später, weil der Auszubildende erneut zwei Tage in der Berufsschule gefehlt hat.

Hier ist die Kündigung vertretbar: Der Auszubildende legt ein eindeutig steuerbares Fehlverhalten an den Tag und ist nicht bereit, etwas daran zu ändern. Aber auch hier wird in einem Widerspruchsverfahren eine Interessensabwägung vorgenommen. Entscheidend für die Wirksamkeit der Kündigung wird hier z.B. auch sein, wie weit die Ausbildung fortgeschritten ist.

Anders sieht es in folgendem Fall aus: Der Auszubildende kommt einer Anweisung nicht nach und erhält dafür Abmahnung I. Kurz darauf kommt er 20 Minuten zu spät und erhält Abmahnung II.

Als er einige Wochen darauf die schriftlichen Ausbildungsnachweise nicht pünktlich vorlegt, wird er deshalb fristlos gekündigt.

Diese Kündigung würde in einem Widerspruchsverfahren wahrscheinlich für unwirksam erklärt. Der Auszubildende hat in drei verschiedenen Bereichen ein Fehlverhalten gezeigt, das sich nicht wiederholt hat. Die Verstöße sind zudem gering, sodass die Kündigung voreilig ist.

Wenn Betriebe Auszubildende wegen der schlechten Auftragslage loswerden wollen, produzieren sie manchmal Abmahnungen am Fließband: Jeden Tag wird der Auszubildende wegen einer anderen Kleinigkeit abgemahnt, die Vorwürfe sind oft fadenscheinig. Die Abmahnung hat ihre Bedeutung als erzieherisches Mittel eingebüßt. Dies kann dazu führen, dass eine spätere Kündigung ungültig wird.

Oft wird verlangt, dass der Azubi die Abmahnung unterschreibt. Die Azubis weigern sich oft, weil sie denken, dass sie mit ihrer Unterschrift den Inhalt anerkennen.

Dies ist aber in aller Regel nicht der Fall: Bei der Unterschrift handelt es sich lediglich um eine Empfangsbestätigung. Sollte ein Auszubildender unsicher sein, kann er dies über seiner Unterschrift auch noch vermerken.

Maßnahmen: Gegendarstellung

Wenn der dargestellte Sachverhalt in der Abmahnung nicht richtig ist, kann der Azubi eine Gegendarstellung schreiben. Hier stellt er seine Sicht dar. Sie muss in die Personalakte aufgenommen werden. Dies ist auch wichtig für ein Zeugnis.



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Widerspruch

Der Auszubildende hat auch die Möglichkeit, der Abmahnung zu widersprechen und ihre Entfernung aus der Personalakte zu fordern. Dies macht vor allem dann Sinn, wenn die Vorwürfe wirklich falsch waren und wenn sich die Abmahnung in der Personalakte langfristig negativ auf die Karriere des Auszubildenden auswirken könnte – etwa in Großunternehmen. Hier sollte dann auch unbedingt der Betriebsrat eingeschaltet werden: Wenn eine Entfernung der Abmahnung aus der Personalakte gefordert wird, kommt es in der Regel zum Rechtsstreit – dies sollte der Auszubildende wissen.

Ein Sonderfall: Keine Reaktion zeigen

In zwei Fällen kann es klug sein, nicht auf die Abmahnung zu reagieren: Die Abmahnung ist gerechtfertigt und der Auszubildende akzeptiert den Hinweis auf sein Fehlverhalten. In diesem Fall ist es im Zuge einer Konfliktlösung in der Regel gut, das Gespräch zum Ausbilder oder Vorgesetzten zu suchen und sich für das abgemahnte Verhalten zu entschuldigen bzw. eine Besserung anzukündigen.

Der andere Fall: Die Abmahnung weist schwere inhaltliche oder formale Mängel auf. In diesem Fall sollte sie der Auszubildende einfach akzeptieren, denn: Sollte sich eine spätere Kündigung auf eine solche Abmahnung beziehen, fällt die Kündigung mit der Unwirksamkeit der Abmahnung. [S](#)

Literatur: Heinz-Josef Eichhorn: Abmahnung – was tun? Der Ratgeber für Arbeitnehmer und deren Interessenvertretung, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2009, 172 S., 14,90 Euro

ACHTUNG, JETZT KOMMT'S

Ich kündige fristlos – dem Betrieb!

Wenn der Auszubildende seinerseits fristlos kündigen will, muss er zunächst den Betrieb auf dessen Fehlverhalten hinweisen – falls es sich um ein steuerbares Fehlverhalten handelt. Dies sollte er auf jeden Fall schriftlich tun. Erst wenn der Betrieb sein Verhalten nicht ändert (z.B. bei Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz), kann der Auszubildende fristlos kündigen! [S](#)

Harmonie im Anmarsch

Die Bezirks- und Landesjugendkonferenzen der DGB-Jugend bereiteten den inhaltlichen Boden für die DGB-Bundesjugendkonferenz.

Das Jahr 2009 ist für die DGB-Jugend nicht nur das Jahr der Bundestagswahl, sondern auch ein politisches Sitzungsjahr. Viele Bezirke führten ihre Konferenzen im Vorfeld der Bundestagswahl und der Bundesjugendkonferenz (BJK) im November 2009 durch. Neben dem Kerngeschäft wurden auch diverse Besonderheiten diskutiert.

Exemplarisch zog die DGB-Jugend Baden-Württemberg im Juni 2009 ihre Leitlinien für die nächsten vier Jahre fest. Hauptthema: die Wirtschaftskrise. Die gewerkschaftlichen Antworten: die Ermöglichung guter Ausbildung, guter Arbeit und damit eines guten Lebens.

Daneben beschäftigte man sich mit der Strukturreform des DGB. Diese Diskussion wurde mit dem Antrag »Damit nichts aus dem Rahmen fällt« an die BJK weitergeleitet. Darin positioniert sich die DGB-Jugend BaWü zu den Themen Gremienbesetzung und Wiederbesetzung von Stellen und Finanzen. Außerdem fordert sie eine unabhängige Instanz, die die Qualität der Ausbildung überwachen soll. Es sei erstaunlich harmonisch zugegangen, erzählt DGB-Be-

zirksjugendsekretärin Annika Wörsdörfer: »Früher hätte man mehr Ärger gestiftet.«

Sie konnte die Konferenz einen Tag früher für beendet erklären als geplant.

Gute Arbeitsatmosphäre auch in NRW:

Auf der dortigen Konferenz im September 2009 wurden auch strittige Themen wie der Ausbildungskonsens und die Energiepolitik »überwiegend sehr diszipliniert und sachbezogen« diskutiert (DGB-Bezirksjugendsekretärin Antonia Kühn). Die Konferenz sprach sich – Atom und Kohle adé – geradezu radikal für eine Energiewende aus. Mit

einem Strategiepapier positionierten sich die Delegierten zudem in Sachen Wirtschaftskrise.

Beim gänzlich unharmonischen Punkt »Gewalt bei Demonstrationen« wurden Gespräche zwischen den Polizist/-innen der Jungen Gruppe in der GdP und Antifas, die in der DGB-Jugend organisiert

sind, verabredet. Dieses Thema dürfte auf der BJK viel Raum einnehmen, kommt es doch immer häufiger zu Konfliktsituationen.

Finger weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz hieß es durchgängig, also auch bei der DGB-Jugend Nord. Studiengebühren wollte dort wie auch sonstwo kein Mensch. Außerdem beantragt: Die Ausbildungsvergütung in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten muss

angehoben werden – um mindestens 100 Euro. Die Finanzierung soll aus den durch sinkende Schulabgängerzahlen freiwerdenden Mitteln erfolgen. Die DGB-Jugend Nord will dies künftig gemeinsam mit den Gewerkschaften in den zuständigen Gremien und Arbeitskreisen thematisieren.

Die 60 Delegierten der DGB-Bezirksjugendkonferenz in Bayern sprachen sich im September 2009 gegen eine Politik aus, die junge Menschen nach der Ausbildung in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abschiebt. Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser forderte eine Neuausrichtung der Jugendpolitik: »Das Desinteresse der Jugend an der Politik ist eine Antwort auf das Desinteresse der Politik an der Jugend. Diesen Zyklus gilt es zu durchbrechen.«

...Antworten: Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben.

Auch die DGB-Jugend Saar hat auf ihrer Konferenz im September 2009 die inhaltlichen Schwer-

punkte für die kommenden vier Jahre festgelegt – hier wurden zehn Anträge beraten, auf der anschließenden Bezirksjugendkonferenz West waren es dann über 60 Anträge. Im Mittelpunkt: Ausbildung und Übernahme. Doch auch eine Selbstverpflichtung zur Stärkung des fairen Handels und zur Bevorzugung von Fair-Trade-Produkten beim DGB konnte beschlossen werden. Harmonisch, versteht sich. ☐

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

☐ Einer der Höhepunkte der Jugendcamp-Saison 2009 der **DGB-Jugend Baden-Württemberg** in Markelfingen war die internationale Konferenz vom 23. bis 26. Juli 2009: 51 junge Gewerkschafter/-innen aus Deutschland, Italien, Spanien, Israel, der Türkei und der Schweiz trafen sich zum Thema »Organizing in Europa«. Die Repräsentant/-innen der Gewerkschaftsjugend haben für 2010 beschlossen, ein Treffen in der Türkei im Vorfeld des Europäischen Sozialforums in Istanbul vorzubereiten.

www.jugend-bw.dgb.de

☐ Die **DGB-Jugend West** fährt vom 30. Oktober bis 4. November 2009 nach Dachau zum Seminar »Gegen das Vergessen«.

www.dgb-jugend-west.de

☐ Wissenschaft und gesellschaftliche Praxis sollen im **Rhein-Main-Gebiet** stärker verknüpft werden. Dafür gibt es die neu geschaffene »Ko-

operationsstelle Hochschule-Gewerkschaft« von DGB und den Fachhochschulen Frankfurt/M. und Wiesbaden.

www.region-frankfurt-rhein-main.dgb.de

☐ NRW I: So, jetzt kommt's: Immer mehr Jugendliche werden Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Während viele gesellschaftliche Organisationen mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen haben, konnten die **NRW-Gewerkschaften** 2008 einen Zuwachs von 3,9% bei jungen Menschen verzeichnen. Damit setzt sich der Trend steigender Mitgliederzahlen bei Jugendlichen weiter fort.

☐ NRW II: Der **DGB NRW** hat die Landesregierung aufgefordert, die Hochschulen für Absolvent/-innen einer mindestens dreijährigen Berufsausbildung zu öffnen.

www.nrw.dgb.de/themen/Bildung

☐ JAVis aus dem **IG BCE-Jugend-Bereich Nordrhein** haben eine Petition auf den Weg gebracht, die zum Ziel hat, dass der Kindergeld-

freibetrag jährlich an die allgemeine Preissteigerung angepasst wird.

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?PHPSESSID=754fa361c24e8fcbc1eaacc478123e1b&action=p petition;sa=details;petition=6919>

☐ Termine der **IG Metall-Jugend** sind: 22. bis 24. Oktober 2009: Osteuropäische Konferenz. 23. bis 27. November: Gesamt-/Konzern-JAV-Tagung in Sprockhövel. Zu dem wichtigen Thema »Berichtsheft« haben die Metall-Jugendlichen gute Beispiele ins Internet gestellt.

www.jugend.igmetall.de, »Ausbildung«, »Ausbildung von A bis Z«

☐ Die **ver.di Jugend** setzt auf ihrer vierten bundesweiten Konferenz der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) das Thema Übernahme riesengroß auf die Tagesordnung. Vom 28. bis 30. Oktober 2009 werden in Erkner bei Berlin mehrere hundert JAV-Mitglieder zahlreicher Branchen zusammenkommen.

<http://jugend.verdi.de/news/jav-konferenz>

BUCH DES MONATS

Ein »Schwarzer Block«, Basecaps, dunkle Kleidung und Parolen wie »Fight the system!«... Die Verwirrung ist groß, seitdem vor einigen Jahren erstmals »Autonome Nationalisten« (AN) auf Neonazi-Aufmärschen zu beobachten waren. Es handelt sich um eine Strömung in der militanten Neonaziszene, die sich – schwarze Klamotten und Pali-Tuch – bisher linksradikaler Symbole, Codes und Sprachformen bedient. Die Autoren Jürgen Peters und Christoph Schulze nehmen in ihrem Buch die Entstehungsgeschichte, Ideologie, politische Praxis, Habitus und Selbstverständnis der AN unter die Lupe und beleuchten ihr Verhältnis zu anderen Organisationen der extremen Rechten.

Jürgen Peters & Christoph Schulze (Hg.): *Autonome Nationalisten. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur*, Unrast-Verlag, 80 S., 7,80 Euro

+ Tagung: Viele Studien stellen dem deutschen Bildungswesen ein schlechtes Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. Außerdem gelingt es nicht, signifikant mehr Jugendliche für ein Studium zu gewinnen. Wie also weiter? Um solches zu klären, lädt der DGB für den 12. November 2009 zur Bildungsfachtagung ein. Sie findet im Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, Berlin, ab 11 Uhr statt.

Infos: Telefon: 030 / 24 06 02 97, E-Mail: matthias.anbuhl@dgb.de

+ Neuer Film: Regisseur Martin Kessler, der mit der Sozialdokumentation »Neue Wut« von sich reden gemacht hat, hat nun einen Film über den Kampf der Regenwald-Indianer gegen die Zerstörung des Amazonas-Urwaldes durch Globalisierung und neue Riesenstaudämme gedreht. Der Film, der im Oktober 2009 Premiere hat, wird von der DGB-Jugend und den Gewerkschaften unterstützt.



www.neuewut.de

+ Neuer Link: Ab sofort findet man neues Bildungs- und Aktionsmaterial auf der DGB-Jugend-Homepage.

www.dgb-jugend.de/themen/bildungsmaterialien

+ Gelbe Ohren: Schüler/-innen der Berufsschule »Berta Jourdan« aus Frankfurt/M. haben mit ihrem Rap-Song den Antirassismus-Wettbewerb des gewerkschaftlichen »Gelbe Hand«-Vereins gewonnen.

Zum Anhören hier lang: www.gelbe-hand.de, »Wettbewerb«

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:

jkiontke@web.de

Internet:

www.dgb-jugend.de

Druck:

PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:

Jürgen Kiontke

Grafik:

Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:

Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

SEMINAR

Es ist der Termin des Jahres: das Vernetzungsseminar für die Studierendenarbeit. Das Seminar dient dem Erfahrungsaustausch unter den Aktiven aus den Beratungsbüros – Themen und Ansätze der Arbeit vor Ort werden analysiert. Dabei sollen aktuelle Fragestellungen und Probleme behandelt und Lösungen gefunden werden, die auch für die bundesweite Arbeit von »Students at work« neue Impulse geben können. Motto: »Yes we can – organize.«

In der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit, in den Hochschulinformationsbüros (HIBs) und Campus Offices, war Organizing bisher kaum ein Thema. Nun hat eine bundesweite Arbeitsgruppe ein Kon-

zept vorgelegt, das Organizing-Methoden, -Ansätze und -Haltungen für die Arbeit der HIBs und Campus Offices nutzbar machen will: Man will die Studierenden anleiten, ihre Probleme selber anzugehen und erfolgreich zu lösen. Die verschiedenen Elemente des Organizing-Ansatzes müssen dafür nur noch auf die Bedingungen an den Hochschulen zugeschnitten werden.

Das Netzwerktreffen bietet viel Raum, die Ergebnisse vorzustellen und gemeinsam über die Weiterentwicklung des Konzeptes zu diskutieren. (Das Seminar ist leider ausgebucht.)

6. bis 8. November 2009, DGB-Jugendbildungszentrum Hamburg-Sasel, Buchungscode Code: ABN 609278843

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	